

VD1-Beschluss NSU – kein Schlusstrich ohne vollständige Aufklärung!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

626 Der NSU hat als neonazistische terroristische Vereinigung zwischen 2000 und
627 2007 mehrere Morde quer durch Deutschland an mindestens 9 Mitbürger*innen mit
628 Migrationshintergrund und einer Polizistin verübt. Zahllose weitere Verbrechen
629 wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle gehen auf Konto des Terrors, mit dem
630 der NSU die Bundesrepublik überzogen hat.

631 Die bislang bekannten Mitglieder des NSU, Uwe Bönhard, Uwe Mundlos und Beate
632 Zschäpe, konnten ungestört zwischen 1999 und 2011 ihre Strukturen ausbauen. Sie
633 unterhielten dabei ein Netzwerk mit Funktionären rechtsextremer Organisationen
634 wie auch V- Männern und Frauen.

635 Nach dem NSU-Prozess und mehreren Untersuchungsausschüssen in Bundesländern und
636 auch auf Bundesebene bleiben Zweifel daran, dass der NSU nur als Trio handelte.
637 Es gibt viele Hinweise darauf, dass es sich beim NSU nicht um ein Trio handelt,
638 sondern ein deutlich größeres bundesweites Netzwerk an Mittäter*innen,
639 Unterstützer*innen und Mitwisser*innen besteht. So wurde der Mord an Mehmet
640 Kubaşık in Dortmund nicht unweit der Wohnung des national vernetzten Neonazis
641 Siegfried Borchardt begangen.

642 Schon bei der Aufklärung der Morde hat der Staat dramatisch versagt. Statt den
643 Indizien nach zu gehen, die auf eine rechte Tat schließen ließen, wurden
644 rechtsextreme Hintergünde weitestgehend ausgeschlossen und Täter*innen im Umfeld
645 der Opfer gesucht. Und das, obwohl die rechtsextreme Szene seit Jahren
646 beobachtet wurde - und schlimmer noch: möglicherweise auch deswegen, weil die
647 Neonazi-Szene durch V-Menschen indirekt gefördert worden ist. Einige Beamt*innen
648 vernichteten nach Bekanntwerden des NSU sogar relevante Akten – so wurde das
649 Versagen von Staat und Verfassungsschutz zu vertuscht und eigene Anteile am
650 Staatsversagen verschleiert.

651 Der am 6 Mai 2013 eröffnete NSU Prozess endete am 11 Juli 2018 mit
652 Schuldsprüchen, die von den Hinterbliebenen der Opfer kritisiert wurden.
653 Insbesondere wird von den Opferfamilien kritisiert, dass noch immer viele Fragen
654 ungeklärt sind - so zum Beispiel die Frage, ob es noch unerkannte Mittäter*innen
655

656 gibt, ob rechtsextreme Netzwerke vollständig aufgespürt und aufgelöst sind und
657 gegebenenfalls weitere Mitverantwortliche noch zur Verantwortung gezogen werden
müssen.

658 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

659 - Kein Schlusstrich! Auch nach Ende des Prozesses muss die Suche nach weiteren
660 möglichen Mittäter*innen weitergehen!

661 - Das Versagen des Staates muss aufgearbeitet werden, die Rolle des
662 Verfassungsschutzes weiter untersucht werden!

663 - Die Aufmerksamkeit des Staatsschutzes muss mit aller Konsequenz auf die
664 Analyse und Verfolgung rechtsradikale Strukturen gelenkt werden!

665 -Es gibt Indizien für ein Unterstützer*innennetzwerk des NSU im
666 verfassungsschutz. Dieser Vorwurf muss lückenlos aufgearbeitet werden! Die NSU-
667 Untersuchungsausschüsse im Bundestag und den Landtagen müssen weiter tagen. Der
668 Verfassungsschutz muss langfristig durch einen neuen, rechtstaatlichen,
669 demokratischen Geheimdienst ersetzt werden!

Begründung

Das Urteil wurde erst nach der Antragsfrist gefällt.